

# Das ist Folge der Finanzkrise aus 2008

MdL Mike Huster am 12. Oktober in der Landtagsdebatte zu den Wirkungen eines „gehebelten Euro-Rettungsschirms“

Damit verstanden wird, was „gehebelter Rettungsschirm“ meint. Es ging ja in den letzten Tagen um diesen sogenannten ESFS, damit verbunden um die Garantien in Höhe von 440 Mrd. Euro, die zur Frage führen: Was passiert, wenn nicht nur Griechenland, sondern weitere Staaten, beispielsweise Spanien und Italien, Hilfe bedürfen? Damit war klar, das Geld wird nicht reichen, auch die 440 Mrd. Euro nicht und man braucht insgesamt für diesen Fall zwei Billionen Euro. Das ist dann die Hebelwirkung, nämlich, wie kann man die 440 Mrd. Euro verfünffachen.

Also kam es zur Überlegung, dass dieser europäische Rettungsmechanismus bzw. seine Organisation ESM eine Banklizenz erhalten soll, Anleihen aufkauft und diese dann bei der Europäischen Zentralbank als Sicherheiten für neue Kredite hinterlegt. Die Kritiker dieses Verfahrens befürchten, dass damit die Notenpresse angeworfen wird und die EZB verfassungswidrig missbraucht wird. Vorbild dieses Prinzips ist de facto die Krisenbekämpfung in den USA seit 2008, die das in etwa mit so einem Hebel gemacht hat. Man kann für die Sorge, die damit verbunden ist, durchaus Verständnis haben, muss aber dann die Frage stellen, was stattdessen zu tun ist. Denn, Herr Mohring (CDU-Fraktionsvorsitzender, d.R.), die Spekulation gegen die Demokratien, gegen Parlamente und gegen

Regierungen bleibt ja bestehen. Wir glauben, dass das, was uns jetzt als Staatsschuldenkrise kommuniziert wurde, in Wirklichkeit keine Staatsschuldenkrise ist, sondern es ist die Finanzkrise aus 2008 mit anderen Mitteln und direkte Folge, dass die eine Lehre aus der Finanzkrise 2008 war, dass man die Schieflage der Banken durch Staatsgarantien, durch Garantien der Guthaben und der Einkommen der Bürger de facto abgesichert hat und deswegen ist das Risiko jetzt bei den Staaten und ihren Schulden liegen geblieben.

## Es hört erst auf, wenn die Spekulation eingedämmt ist

Und siehe da, genau diese Staaten werden nun Angriffsziele der Spekulation der Ratingagenturen, die das Problem verschärfen.

Die ganze Bildzeitungskampagne in den letzten Monaten gegen Griechenland und gegen andere Südstaaten soll eigentlich nur davon ablenken, dass wir es noch mit ein- und derselben Finanzmarktkrise zu tun haben und dass wir es in erster Linie bei allen Vorschlägen zur sogenannten Rettung Griechenlands mit Vorschlägen zu tun haben, die darauf zielen, die Banken zu retten, ohne dass diejenigen, die Geld geben – nämlich die Staaten – in irgendeiner Form an den Banken betei-

ligt werden und sagen, was mit dem Geld geschieht. Wenn an so einem Tag Dr. Josef Ackermann in Gera ist und über Euro und Europa reden darf und so prominente Leute wie Ihr Generalsekretär Dr. Voigt dort mit Beiträge hält, dann sollte man zumindest mal darauf hinweisen, dass Ackermann nicht ganz unverantwortlich ist.

Man könnte hier lange darüber nachdenken, was wirkliche Ursachen sind; Grenzen unseres westlichen Wachstumsmodells usw. usf. Man könnte darüber nachdenken, welche Rolle ungleiche Vermögen spielen, man könnte darüber nachdenken, ob wir es eigentlich mit einem Währungskrieg zu tun haben, man könnte darüber nachdenken, dass die Spekulation bekämpft werden muss, wenn wir das Problem lösen wollen. Es sind nicht nur die Ratingagenturen, sondern es ist das dahinter liegende Prinzip der Spekulation, was letztlich Demokratie gefährden wird. Das alles wird nur aufhören, wenn die Spekulation eingedämmt wird. Wir müssen an die ungleichen Vermögen ran, Vermögenssteuer in Deutschland. Wir müssen an die Erbschaften ran, die Erbschaftssteuer muss verändert werden. Und vor allen Dingen, meine Damen und Herren, Herr Mohring, wir brauchen in Europa eine Börsenumsatzsteuer, eine Finanzmarktsteuer, um diese Finanzspekulationen einzudämmen. ■

## „Hier gibt es definitiv keine Kaffee kochenden Praktikanten“

Meiner Überzeugung folgend, dass die Bereiche Geschichte, Religion und Politik nicht zu trennen sind und jeder Bereich von dem anderen lernen sollte und kann, und ich die Bereiche Geschichte und Religion studiert habe, bewarb ich mich im Bereich Politik für ein Praktikum. Und ich bekam doch tatsächlich die Möglichkeit, ein sechswöchiges Praktikum im Thüringer Landtag bei der Fraktion DIE LINKE zu absolvieren. An meinem ersten Tag war ich sehr angespannt, da ich ja nicht wusste, was auf mich zukommen würde. Bin ich angemessen gekleidet? Wie werden die Mitglieder der Fraktion auf mich reagieren? Kann ich mir gestellte Aufgaben bewältigen?

Zu meiner Verwunderung, im positiven Sinne, hätte ich mir derartige Überlegungen im Vorfeld auch sparen können. Ich wurde sehr freundlich von allen aufgenommen und die erste Woche sollte mir Zeit geben, mich einzuleben und erst einmal zu schnuppern.

Das Ressort Kommunales und Inneres stellte ein völlig neues Betätigungsfeld für mich dar. Ein Umstand, der sich im Nachhinein als förderlich erwies, da meine Intention war, die Politik kennen zu lernen und mich nicht auf das zu beschränken, was ich bereits kenne. Im Laufe des Praktikums erhielt ich Einblick in alle Bereiche der politischen Arbeit – so die Verwaltung, die altbekannte Bürokratie, aber eben auch die praktischen Arbeiten. In der

Praxis innerhalb des Landtages waren dies im kleineren Kreis Arbeitsgruppen und Ressorts und in größerem Rahmen die Fraktionssitzung, verschiedene Ausschüsse und das Plenum.

Ich selbst konnte mich in Diskussionen jederzeit einbringen und auch selbst Artikel schreiben. Die für mich persönlich prägnantesten Aspekte waren zum einen die Erkenntnis, dass in dieser Fraktion keine „Schlafmützen“ umherwandeln. An bestimmten Klischees, die Politik betreffend, kommt man ja seit alters her nicht vorbei, aber zumindest in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag herrscht reger Arbeitsverkehr. Bei dem Arbeitspensum und dem Artenreichtum der zu behandelnden Themengebiete der Abgeordneten und aller Mitarbeiter, welche oft auch vor dem Wochenende keinen halt machen, stellt sich mir die Frage: wie machen die das?

Zum anderen beeindruckte mich, dass es hier definitiv keine Kaffee kochenden Praktikanten gibt. So wurden mir teilweise Aufgaben zugetragen und vor allem zugetraut, welche ich mir selbst nicht anvertraut hätte. Stieß ich dennoch manchmal an meine Grenzen, war immer jemand da, den ich fragen konnte. Thematisch konnte ich mich sehr frei bewegen. Obwohl ich dem Ressort Kommunales und Inneres zugeordnet war, konnte ich dankenswerter Weise ebenfalls in meinem eigentlichen Interessengebiet (Geschichte/Kultur) arbeiten. Alles in allem kann ich ein solches Praktikum nur jedem empfehlen. Es hilft Klischees und Vorurteile abzubauen, öffnet den Blick für die Politik in ihrer praktischen Form und ist sehr lehrreich in jeglicher Hinsicht, sei es thematisch oder auch persönlich.

So freundlich ich empfangen wurde, so herzlich wurde ich von meinem Ressort verabschiedet. Vielen Dank dafür und für diese Erfahrung! Und wäre das nicht schon genug, darf ich für weitere sechs Wochen im Rahmen eines Geschichtsprojektes für die Fraktion DIE LINKE arbeiten.

Constance Ehrhardt ■



von Stefan Wogawa

## Hartz IV für Europa?

Die FDP hat – beantragt von Europaspaskeptikern in den eigenen Reihen – die verbliebene Mitgliedschaft zu einem Mitgliederentscheid über den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ aufgerufen. Im Internet werden neben „Informationen zu Ablauf, Inhalt und Organisation“ desselben auch „aktuelle Termine für Diskussionsveranstaltungen vor Ort“ angekündigt. In Thüringen könnten die üblichen Verdächtigen – falls die neben Vollzeit-Clownerien (Patrick Kurth) oder dem Ausbeuten von Beschäftigten (Thomas L. Kemmerich) überhaupt Zeit dafür finden, bequem in Erfurt in der Telefonzelle in der Leipziger Straße zusammenkommen.

Dabei hat die liberale Spaßpartei allerhöchste Ansprüche. Man entscheide „über Europas Zukunft“, glaubt der Haufen drolliger Vögel, der bei letzten Umfragen bundesweit auf stabile drei Prozent kam.

Neben dem Antrag der Skeptiker stellt auch der Bundesvorstand sein Selbstverständnis zur Abstimmung. Das klingt im Kern freilich nach einer Art Hartz IV für hilfesuchende EU-Staaten. „Wir gewähren Hilfe nur bei Gegenleistung“, betont der FDP-Vorstand, als werbe er um Parteispenden.

Besonders peinlich: „Die FDP ist die einzige Partei in Deutschland, die das Instrument eines Mitgliederentscheids in ihrer Satzung verankert hat“, wird behauptet. Das ist indes völliger Unsinn. In der Bundessatzung der Linken vom März 2007 findet sich der Mitgliederentscheid (Paragraph 8). Der kann demnach „zu allen politischen Fragen in der Partei“ stattfinden. Mitgliederentscheide sind auch im Organisationsstatut der SPD vorgesehen (Paragraph 13), die Grünen nennen sie in ihrer Satzung „Urabstimmung“ (Paragraph 24) – selbst die CDU kennt ihn in ihrem Statut die „Mitgliederbefragung“ (Paragraph 6a). ■

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa  
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416  
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de  
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.